

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe März 2011

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Investitionen in die Zukunft, oder Sparen für den eigenen Sarg – wir haben die Wahl!

Was wäre, wenn in Zeiten der Krise Handwerksunternehmen ihren Kundendienst einstellen, Autowerkstätten nicht mehr in erforderliche Diagnosesysteme investieren, Industrieunternehmen ihre Forschung einstellen, Handelsunternehmen keine Warenvorräte mehr anlegen und Banken keine Kredite mehr vergeben würden – also sparen „um jeden Preis“?

Wir fragen uns: So unvernünftig, ja unverantwortlich handelt niemand? Die Antwort lautet: Niemand, außer CDU und FDP. Sie propagieren geradezu das „Sparen für den eigenen Sarg“, in dem präventive Politik begraben werden soll.

Die CDU verliert den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit, wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt fordert, den sie bei ihrer eigenen Finanzplanung für NRW nicht vorgesehen hatte. Auf Vorschläge, wo gespart werden soll, wartet man vergeblich. Sie drückt sich vor der eigenen Verantwortung und überträgt finanzpolitische Entscheidungen lieber den Gerichten.

Sie sollte besser über eigene Versäumnisse nachdenken. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ – dieses Sprichwort fand bei CDU und FDP in Zeiten mit besseren Steuereinnahmen keine Beachtung. Ist Sparen (jetzt: in der Not!) der beste Weg aus der Krise?

„Mit einer innovativen Wirtschaft, einem dynamischen Mittelstand [...] hat Deutschland die Wirtschaftskrise überwunden“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel am 24.11.2010. Aber kann man innovativ sein, ohne Geld in die Hand zu nehmen? Bleibt der Mittelstand dynamisch, wenn er auf Investitionen verzichtet? Ist es gerecht gegenüber künftigen Generationen, wenn wir bei Prävention im Bereich der Bildung sparen und im internationalen Vergleich weiter zurückfallen? Wenn wir sparen, anstatt in Infrastruktur zu investieren?

„Prävention“ ist die zukunftsweisende Antwort und Lösung vieler Probleme:

*Mit Prävention (vom lateinischen „*praevenire*“ für „*zuvorkommen, verhüten*“) bezeichnet man vorbeugende Maßnahmen, um ein unerwünschtes Ereignis oder eine unerwünschte Entwicklung zu vermeiden. Ganz allgemein kann der Begriff mit „*vorausschauender Problemvermeidung*“ übersetzt werden.*

(Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Prävention>)

Prävention muss der Leitgedanke politischen Handelns für die nächsten Jahre werden! Diese Politik zahlt sich schon mittelfristig aus (siehe „*Gelsenkirchener Gespräche 2011*“, Vortrag von Prof. Sell, Seite 3, rechts oben).

Wir haben dieses Thema bereits regelmäßig in unserer Berichterstattung aufgegriffen. In unserer Februar-Ausgabe ging es um die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und die Prävention im Betrieb. Für diese Ausgabe hat Inge Wolf aus Rheinland-Pfalz dazu einen Gastbeitrag geschrieben (siehe „*Prävention im Betrieb*“, Seite 4).



Die Anerkennung der Berufsabschlüsse von Migranten ist Hilfe bei deren Integration und gleichzeitig Vorbeugung gegen Arbeitskräftemangel („Prävention gegen Fachkräftemangel“, Seite 5).

Neben dem Blick auf Zukunftsthemen sehen wir natürlich auch wieder auf die Tagespolitik: In unserer letzten Ausgabe berichteten wir, dass der Bundesrechnungshof den Handwerkerbonus abgeschafft sehen will. In dieser Ausgabe finden Sie dazu eine Entgegnung des Westdeutschen Handwerkskammertages (WHKT) und eine Stellungnahme des NRW-Wirtschaftsministers Harry Voigtsberger („Handwerk kontra Bundesrechnungshof: Voigtsberger unterstützt Position des Handwerks“, Seite 7).

Im Kampf „David gegen Goliath“ geht es um die Entsorgung von Elektrogeräten („Mehr Chancengleichheit für Kleinbetriebe“, Seite 7).

Der geneigte Leser sollte auch in Zukunft nicht bei der Aufmerksamkeit für unsere AGS:NACHRICHTEN sparen. Präventiv (im Sinne von vorausschauend) kann er Artikel aus der Inhaltsübersicht auch direkt auswählen. **Das Lesen ist der AGS:NACHRICHTEN ist kostenlos, aber nicht umsonst!**



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

INHALT

- **SEITE 1 / EDITORIAL:**
André Brümmer: „Investitionen in die Zukunft, oder Sparen für den eigenen Sarg?“S. 1
- **AUS DER NRWSPD:**
Gelsenkirchener Gespräche 2011.....S. 2
- **AUS DEN REGIONEN:**
UB-Parteitag in Vreden: „Gute Arbeit“S. 3
- **SCHWERPUNKT „PRÄVENTION“:**
Gastbeitrag Inge Wolf: „Prävention im Betrieb – Gesunde Mitarbeiter, gesundes Unternehmen“S. 4
Prävention gegen Fachkräftemangel: AGS, HWK Aachen und Eurotürk e.V. informierenS. 5
- **AUS HANDWERK, HANDEL UND GEWERBE:**
Handwerk kontra Bundesrechnungshof: Harry Voigtsberger unterstützt das HandwerkS. 7
David gegen Goliath: Mehr Chancengleichheit für KleinbetriebeS. 7
AGSNRW: AK „Handwerk“ gegründetS. 8
- **RESOLUTION DER NRWSPD ZU KOMMUNALFINANZEN:**
Kommunen müssen handlungsfähig bleiben.....S. 9
- **AUSBILDUNG:**
Pressemitteilung DIHK: Lob für duale Ausbildung, aber: Schule muss besser werdenS. 9
- **VORSCHAU AUF DIE APRIL-AUSGABE:**
Nach der „kleinen Deutschland-Wahl“ im Süden: Was nun?S. 10
- **REDAKTIONSSCHLUSS, TERMINE, IMPRESSUM**S. 10

AUS DER NRWSPD

NRWSPD

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE 2011

Am 18. und 19.03.2011 fanden zum siebten Mal die „Gelsenkirchener Gespräche“ statt. Ziel der Tagung war die gegenseitige Information, Abstimmung und Koordinierung der politischen Arbeit.

Im Hotel Maritim trafen sich Abgeordnete der Landtagsfraktion, der Bundestagsfraktion, des Europäischen Parlaments, Mitglieder des Landesvorstandes, des SGK-Landesvorstandes, Oberbürgermeister und Landräte der NRWSPD. Die Begrüßung durch Norbert Römer, dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, wurde von einer Gedenkminute für die Opfer der Katastrophe in Japan abgeschlossen.

Danach referierte Harry Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW zur **Schwerpunktsetzung in der Verkehrsinfrastrukturpolitik**. Der Minister wies auf die erwartete Verkehrsentwicklung in NRW auf Strasse, Schiene und Wasserwegen hin und machte deutlich, dass in NRW als internationalem Verkehrsknotenpunkt erhebliche Aufwendungen erforderlich werden, um diese Verkehre bewältigen zu können. Schon

die Erhaltung der Verkehrswege stelle NRW vor eine kaum lösbare Aufgabe.



Es folgte eine Diskussion mit MdB Mike Groschek, Generalsekretär der NRWSPD, MdB Michael Groß und MdL Jochen Ott.

Dr. Martin Florack und Dr. Timo Grunden vom Institut für Politikwissenschaft der Uni Duisburg-Essen führten anschließend eine Podiumsdiskussion zum Thema **Erfolgreiche Rahmenbedingungen einer Minderheitsregierung sowie internationale Vorbilder für eine präventive und vorsorgende Politik**, moderiert von Ralf Kapschack, Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Höhepunkt des ersten Tages war der Vortrag von Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes NRW, über **Vorsorgende und nachhaltige Politik in Nordrhein-Westfalen**. Die Ministerpräsidentin wies auf die Bedeutung einer solchen Politik für NRW hin. Haushaltskonsolidierung und Investitionen in das sogenannte „Humankapital“ seien vereinbar, da sich Prävention auch finanziell auszahle. Die Reduzierung des Begriffs Investitionen nur auf „Beton“ sei eine falsche Definition und mache Regierungen handlungsunfähig. Kraft: „*Vorsorge ist Investition in die Zukunft*“. Diese Aussage wurde vertieft im Programmpunkt **Prävention und Konsolidierung – Haushalte nachhaltig gestaltbar halten**, den MdL Hans-Willi Körfges, stv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, MdB Joachim Poß, stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und MdEP Jens Geier gestalteten.

Der zweite Tag der Tagung war der Bildungspolitik vorbehalten. Prof. Dr. Stefan Sell, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz,

referierte sehr engagiert und verständlich zum Thema **Präventive Bildungs- und Sozialpolitik: Leitlinien für ein zukunftsfähiges NRW**. Prof. Sell setzte sich für frühe Eingriffe in absehbare „Problemfall-Karrieren“ ein. Ein großer Teil der Ausgaben für den sozialen Reparaturbetrieb sei vermeidbar, wenn in junge Menschen früh und gezielt investiert würde. Da die Nutznießer dieser Investitionen nicht nur Bund, Land und Kommunen, sondern auch die Sozialkassen (und damit auch Arbeitgeber) seien, müsse eine Kosten-Nutzen-Analyse Grundlage für die Finanzierung dieser Gemeinschaftsaufgabe sein.

MdL Renate Hendricks, stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und MdB Ulla Burchardt, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, positionierten sich mit Beiträgen zur Bildungspolitik und standen zusammen mit Prof. Sell der Versammlung in einer anschließenden Diskussion Rede und Antwort.

Mit einem Schlusswort von Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, endete diese sehr interessante Veranstaltung. <

AUS DEN REGIONEN

SPD-UNTERBEZIRKSPARTEITAG IN VREDEN „GUTE ARBEIT“

Mit Guntram Schneider hatte der SPD-Unterbezirk Borken nicht nur den Arbeitsminister unseres Landes für seinen UB-Parteitag gewinnen können, sondern auch einen ausgezeichneten Kenner des Leitthemas „Gute Arbeit“.

Die Veranstalter hatten im Saal der Gaststätte „Zum Stadtpark“ eine neue und aufgelockerte Form gewählt, die so genannte moderierte „Fish-Bowl“: Ein Tisch als Podium befand sich in der Saalmitte, um ihn gruppierten sich sternförmig die Tische der Delegierten. Moderiert wurde die Veranstaltung von dem Journalisten Klaus Kukuk. Guntram Schneider (SPD), schwergewichtiger Landesminister für Arbeit,

Integration und Soziales, brachte die knapp 100 Genossen in seinem Impulsreferat auf Kurs. Über Themen wie Leiharbeit, Hartz IV-Reform, Tarifautonomie, Mindestlohn, Harmonisierung des Arbeitsplatzes, Schulausbildung oder Rente mit 67 könnte Schneider, vor seiner Berufung zum Minister in die neue rot-grüne Landesregierung DGB-Landesvorsitzender, vermutlich stundenlang referieren. Er tat es nur gut 60 Minuten am Podium inmitten des Saales – und regte eine lange Diskussionsrunde an.

Gute Arbeitsplätze

Der Aufschwung schaffe neue Arbeitsplätze – und das seien gute Arbeitsplätze, bezog sich Schneider auf die im Saal präsente DGB-Ausstellung „Gute Arbeit“. Die hatte er zu DGB-Zeiten noch in Auftrag gegeben.



Klaus-Peter Duhme, Mitglied des AGS-Landesvorstands, mit Minister Guntram Schneider

Der mit der SPD offenbar deckungsgleiche Kernpunkt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Die „Rente mit 67“, so Schneider, sei in der SPD „extrem schlecht kommuniziert“ worden. Er schlug ein neues Modell vor, nach

dem die „Grundlage für eine Verrentung nach Beitragsjahren gestaffelt sein sollte: Bei 45 Beitragsjahren sollte es keine Abschläge mehr geben.“

Nach dem Impulsreferat von Guntram Schneider beschäftigten sich die Experten (Heinz Rittermeier, DGB-Chef im Münsterland, Ingrid Arndt-Brauer, MdB, Monika Orschulik, Betriebsratsvorsitzende der Gigaset Communications GmbH sowie Barbara Ossyra, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Coesfeld) in Statements und im gegenseitigen Meinungsautausch mit der Thematik, wobei rasch drei Aspekte in den Mittelpunkt rückten: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Leiharbeit und Mindestlohn. <

(Quelle: Website der SPD Heiden, www.spd-heiden.de)

PRÄVENTION

GASTBEITRAG VON INGE WOLF (AGS RLP): PRÄVENTION IM BETRIEB: GESUNDE MITARBEITER – GESUNDES UNTERNEHMEN

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) wird immer öfter als sinnvolles Instrument der Personalentwicklung erkannt. Was bedeutet BGM, wie läuft es ab und wem nützt es?



Inge Wolf, AGS RLP

BGM steht für ein planvolles Vorgehen mit dem Ziel, die Ressource „Mitarbeitergesundheit“ zu schonen und zu stärken. Sei es gesunde Verhaltensweisen aufzuzeigen, vermeidbare Belastungen abzubauen oder auch gesundheitsförderliche Faktoren

bewusst einzubringen.

Hier sind die Möglichkeiten so vielfältig wie die Arbeitswelt selbst. Betriebsgröße, Branche, Alter der Beschäftigten und Arbeitszeiten zeigen unterschiedliche Belastungen. Und so unterschiedlich sind auch die Möglichkeiten und Maßnahmen. Richtig ist, was gut tut, könnte man sagen. Da können schon schöne (Wand-) Farben und Pflanzen für bessere Stimmung sorgen. Bei Rückenproblemen hilft ein Wohlfühlambiente wenig. Da braucht es mehr Know-how, wie z.B. eine Rückenschule.

Im 5. Sozialgesetzbuch (SGB V) beschreibt §20/a entsprechende Handlungsfelder und Präventionsprinzipien für die Bereiche Bewegungsapparat, Herzkreislauf, Ernährung, psychosoziale Belastungen und Suchtmittelkonsum. Hierfür werden immer mehr Kurse angeboten.

Wer darauf achtet, dass die Qualifikation des Kursleiters von den Krankenkassen anerkannt ist, hat die Voraussetzung zur steuerlichen Entlastung bis zu 500,- Euro pro Mitarbeiter im Jahr. Denn entgegen der landläufigen Meinung erkennt das Finanzamt nicht automatisch jede Gesundheitsaktion des Arbeitgebers an.

PRÄVENTION

Einer der häufigsten Fehler in der Praxis ist der Alleingang des Chefs. Den Mitarbeitern mal auf gut Glück einen Kurs anzubieten erweist sich oft als Flop. Man sollte es wie bei seinen Kunden machen und den Bedarf ermitteln (hier: mittels eines aussagefähigen Fragebogens). Zugegeben, das bedeutet viel Arbeit und Zeit. Aber die Auswertung lohnt sich mehrfach. Die Antworten lassen die Bedarfe erkennen und bilden die Grundlage für eine spätere Messbarkeit. Ergänzend können Gespräche mit Betriebsarzt und Sicherheitsbeauftragtem gute Anregungen bringen. Nach Gründung eines Gesundheitszirkels werden Ziele, Möglichkeiten und Maßnahmen festgelegt. Dann geht es an die Organisation und Umsetzung. In bestimmten Abständen erfolgt die Auswertung, um zu wissen, was gut oder schlecht läuft und was die Aktion bringt.

Für all diese Schritte gibt es fachmännische Hilfe, teils bei den Sozialversicherungsträgern, teils bei den Kammern oder spezialisierten Beratern. Ob und wie viel externe Unterstützung gebraucht wird, hängt von den üblichen Ressourcen (Know-how, Personal, Zeit) ab. Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich jeder investierte BGM-Euro rentiert.

Nachvollziehbar ist die Senkung des Krankenstandes ein primäres Ziel neben der verbesserten Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter und dem Erhalt der Fachkräfte. Ergänzend zu den eingesparten Personalkosten sind z.B. Senkung der Fehler-, Ausschuss- und Beschwerdequote, Erhöhung der Kundenzufriedenheit und Imageverbesserung und daraus resultierend die optimierte Wettbewerbsposition positive Nebenwirkungen des BGM.

Die Mitarbeiter fühlen sich gestärkt für den Arbeitsalltag. Mehr Durchhaltevermögen steigert Motivation, Arbeitsergebnisse und Spaß an der Arbeit und damit die Attraktivität als Arbeitnehmer. Die verringerten Belastungen / Belastungsempfindungen bringen mehr Lebensqualität und kommen auch Familie und Freunden zu Gute.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben also das gleiche Ziel: die einen möchten gesund und vital bleiben und sich im (Berufs-) Alltag wohl fühlen, die anderen möchten mit gesunden und vitalen Beschäftigten ein gesundes Unternehmen bleiben. <

PRÄVENTION GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL AGS, HWK AACHEN UND EUROTÜRK E.V. INFORMIEREN ÜBER GEPLANTES ANERKENNUNGSGESETZ

(Aachen) Am 24.02.2011 trafen sich in den Räumen der Handwerkskammer Aachen zahlreiche Gäste, um über die Anerkennung nicht-europäischer Ausbildungsnachweise zu informieren.

Die Gastgeber, HWK-Hauptgeschäftsführer **Ralf W. Barkey**, AGS-Landesvorsitzender **André Brümmer** und der Vorsitzende des Vereins Eurotürk e.V., **Reiner Bertrand**, konnten neben Vertretern aus Politik (u.a. **Christiane Karl**, stellvertretende Städteregionspräsidentin) und Verwaltung den Honorarkonsul **Hans-Josef Thouet**, Konsularattaché **Thasin Özdemir**, Frau **Claudia Walther** und **Tobias Tillmann** vom Arbeitskreis Migration in der SPD Aachen sowie Vertreter der türkischen Presse (**Abdullah Yasar**) begrüßen.



Meinungsaustausch im Konferenzzentrum der Kammer (v.l.n.r.): AGS-Landesvorsitzender André Brümmer, Honorarkonsul Hans-Josef Thouet, Konsularattaché Thasin Özdemir und Kammer-Hauptgeschäftsführer Ralf W. Barkey.
Foto: Harald Feiler

PRÄVENTION

Aus der Pressemitteilung der Handwerkskammer Aachen vom 02.03.2011:

Zuwanderer haben in Deutschland oft ein Problem: Ihre Berufsabschlüsse gelten nicht, sie müssen sich in Jobs verdingen, für die sie überqualifiziert sind. Eine Lösung des Problems will die Bundesregierung mit dem Anerkennungsgesetz erreichen, das bis Anfang 2012 in Kraft treten soll. Es schafft einen Rechtsanspruch auf Gleichwertigkeitsprüfung, wenn ein Migrant einen Berufsabschluss in der Heimat erworben hat.

Über das Gesetzesvorhaben und die heute schon geltenden Bestimmungen informierten die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS), die Vereinigung Eurotürk und die Handwerkskammer für die Region Aachen bei einer gemeinsamen Veranstaltung. Sie richtete sich an Bürger aus Nicht-EU-Ländern, die in der Bundesrepublik einen Betrieb gründen oder arbeiten wollen.

Aus Sicht der Wirtschaftsgruppe machte Kammer-Hauptgeschäftsführer Ralf W. Barkey deutlich, dass Zuwanderer im Handwerk jederzeit willkommen sind. *„Bei uns zählt nicht, wo man herkommt, sondern, wo man hinwill“*, zitierte er einen Slogan aus der bundesweiten Imagekampagne und belegte dessen Gültigkeit mit Zahlen: So haben von den 7.120 Lehrlingen im Kammerbezirk Aachen 4,6 % einen ausländischen Pass, 8 % der 15.900 Betriebsinhaber stammen aus Staaten innerhalb und außerhalb der EU, davon 224 aus der Türkei.

„Integration wird im Handwerk gelebt“, unterstrich Barkey. In den kommenden Jahren werde die Zahl der Migranten unter den Auszubildenden und Beschäftigten in der Wirtschaftsgruppe noch wachsen. *„Unsere Betriebe dürften vermehrt auf dieses Potenzial zurückgreifen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Mit kultureller Vielfalt eröffnen sie sich neue Kundenkreise und verbessern ihre wirtschaftliche Position.“*

Als Voraussetzung für die bevorstehende Entwicklung bezeichnete der Kammer-Hauptgeschäftsführer

ausreichende Deutschkenntnisse und gute Schulabschlüsse bei Jugendlichen ausländischer Herkunft. Die Wirtschaftsgruppe bemühe sich, mehr junge Leute aus Migrantenfamilien für ihre modernen Berufe zu gewinnen und die Eltern vom Wert einer handwerklichen Ausbildung zu überzeugen.

Mit ihrer fachlichen Kompetenz ist die Handwerkskammer die richtige Ansprechpartnerin für Arbeitnehmer, die im Ausland einen Beruf erlernt haben. In den letzten fünf Jahren seien rund 200 Gutachten zur Prüfung der Gleichwertigkeit mit deutschen Abschlüssen erstellt worden, berichtete Richard Graf, stellvertretender Dezernent für Berufsbildung. Denn eindeutige Abkommen zur Anerkennung bestünden nur mit Österreich und Frankreich.

In die Zuständigkeit der Kammer wird auch die Gleichwertigkeitsprüfung nach dem „Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetz“ (BQFG) fallen, das bis zum Herbst die parlamentarischen Hürden nehmen soll. Es begründet einen Rechtsanspruch auf Bewertung ausländischer Berufsabschlüsse, erläuterte Georg Stoffels, Geschäftsführer und Justitiar der Kammer. Die kommenden Regelungen würden aber die Bestimmungen der Handwerksordnung nicht ersetzen: *„Fachrecht geht immer vor.“*

Auf das Gesetzesvorhaben richten sich viele Hoffnungen, so zeigte die Diskussion mit den Gästen, unter denen sich auch Hans-Josef Thouet, Honorarkonsul der Türkei, befand.

„Wir können es uns nicht erlauben, Talente bei Migranten brach liegen zu lassen“, meinte AGS-Landesvorsitzender André Brümmer und erntete Zustimmung. Auch Eurotürk-Vorsitzender Reiner Bertrand nannte es unvertretbar, dass viele Zuwanderer nicht im erlernten Beruf arbeiten können: *„Da muss etwas passieren!“*

Die AGSREGIOAACHEN und die SPD werden weiter Beiträge zur Integration leisten. Claudia Walther: *„Auch die Bundesregierung ist gefordert, neben ‚Sonntagsreden‘ endlich auch praktisch mehr für Integration zu tun.“*



AUS HANDWERK, HANDEL & GEWERBE

HANDWERK KONTRA BUNDESRECHNUNGSHOF: HARRY VOIGTSBERGER UNTERSTÜTZT POSITION DES HANDWERKS

„Bundesrechnungshof will Handwerkerbonus abschaffen“, so lautete die Überschrift zu einem Artikel in unserer Februar-Ausgabe. Dazu nun eine Stellungnahme des Westdeutschen Handwerkskammertages (WHKT) vom 03.02.2011:

Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen:

Ehrliche Arbeit durch Handwerkerbonus weiter aufwerten

„Ehrliche Arbeit muss weiter aufgewertet werden. Nur so kann effektiv der Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit entgegengetreten und dem Staat Steuereinnahmen und Sozialabgaben gesichert werden.“, so Reiner Nolten, Hauptgeschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertages (WHKT).

Mit Ablehnung reagiert das nordrhein-westfälische Handwerk auf die Forderung des Bundesrechnungshofs, die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen, sogenannter Handwerkerbonus, wieder abzuschaffen, da sie dem Fiskus zu teuer zu stehen komme. *„Hier werden zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge offensichtlich nicht gegengerechnet.“*, so Reiner Nolten. Durch Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit werden die Steuereinnahmen verkürzt und die Sozialkassen geschwächt.

Durch den Steuerbonus werden viele handwerkliche Leistungen aus der Grauzone der Schwarzarbeit geholt und bescheren dem Fiskus zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge, die den Aufwand für den Steuerbonus für Handwerkerleistungen kompensieren.

Nach einer Berechnung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) ergibt sich bei dem Steuerbonus ein Selbstfinanzierungseffekt von rund 80 Prozent, wenn lediglich ein Drittel der bisher schwarz ausgeführten Arbeiten wieder legal erledigt werden.

Das Handwerk fordert daher den Anrechnungssatz auf mindestens 30 Prozent anzuheben und zugleich die Obergrenze der anrechenbaren Handwerkerleistungen zu verdoppeln.

Zum gleichen Thema äußerte sich auch NRW-Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger in einem Interview mit der „Handwerkswirtschaft“ Aachen vom 3. März 2011: *„Die Einführung des Steuerbonus halte ich für eine sachgerechte und intelligente Lösung. Fachbetriebe erhalten so mehr Aufträge, und die Schwarzarbeit wird eingedämmt.“*

Hoffen wir, dass die Bundesregierung diese „sachgerechte und intelligente Lösung“ nicht „einspart“! <

DAVID GEGEN GOLIATH: MEHR CHANCENGLEICHHEIT FÜR KLEINBETRIEBE

Keine Rücknahmepflicht von Elektro-Altgeräten! EU-Parlament einigt sich auf Elektro-Altgeräte-Richtlinie.

Es ist ein immer härterer Kampf von David gegen Goliath: Die Großen verdienen das große Geld, die Kleinen sind für den Service zuständig. Das gilt auch bei der Entsorgung. Die neue Kaffeemaschine wird beim „Geiz ist geil“-Markt gekauft, das Altgerät überlässt man möglichst dem Händler an der Ecke. Der ist gerne bereit, bei Neukauf das Altgerät zu entsorgen, meist kostenlos.

Aber den Müll Anderer wegzuräumen, dazu sollte er nicht verpflichtet sein. Das ist er auch in Zukunft (hoffentlich) nicht, wenn die Elektro-Altgeräte-Richtlinie der EU **auch** vom Europäischen Rat verabschiedet wird.

Der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) meldet dazu am 17.02.2011:

AUS HANDWERK, HANDEL & GEWERBE

Jetzt steht es fest: Kleinbetriebe werden auch in Zukunft keine Elektro-Altgeräte zurücknehmen müssen. Handelsunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten und einer maximal begrenzten Verkaufsfläche sind vom künftig geltenden Annahmewang befreit.

Das ist das Ergebnis einer Abstimmung jüngst im Europäischen Parlament über die Eckpunkte der Novellierung der WEEE-Richtlinie („Waste Electrical and Electronic Equipment“; deutsch: „Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall“). Die Rücknahmepflicht soll für so genannte „sehr kleine Elektro-Altgeräte“ (very small electrical products) eingeführt werden.

Vor allem mit Blick auf den wachsenden Online-Handel und die bessere Position der Großvertriebsstrukturen befürchtet der ZVEH eine massive Wettbewerbsverzerrung. Von den Auswirkungen der Rücknahmepflicht werden in erster Linie kleine, ortsnahe Unternehmen des Handwerks und des Einzelhandels betroffen sein, nicht aber Anbieter von Onlineshops. Im Alltag werden sich die Verbraucher kaum die Mühe machen, ein altes Elektrogerät in einem Paket an einen Online-Anbieter zurückzusenden. Vielmehr bietet es sich an, die Altgeräte beim ortsnahen Handwerks-geschäft oder Fach-Einzelhandel abzuliefern. Diese sind verpflichtet, auch Produkte entgegenzunehmen, die sie gar nicht in ihrem Sortiment führen.

Neugeräte werden indes häufig über das Internet gekauft. *„Diese ungerechte Verteilung der Rücknahmepflicht auf verschiedene Schultern können wir so nicht akzeptieren. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments hat einen Systemfehler. Nur in der Theorie sind alle – auch Onlinehändler – gleichermaßen betroffen. Die Realität sieht anders aus“*, protestiert Jakobi gegen die aufgezogene „Arbeitsteilung“.

Anmerkung: Der ZVEH setzt sich für die wirtschaftlichen und politischen Interessen von ca. 76.000 elektro- und informationstechnischen Betrieben mit einem Umsatzvolumen von ca. 32 Mrd. Euro auf nationaler und internationaler Ebene ein. <

IN EIGENER SACHE

AGSNRW AK „HANDWERK“ GEGRÜNDET

Gemäß Beschluss der Vorstandssitzung der AGSNRW am 16.02.2011 wurde ein Arbeitskreis Handwerk gegründet. Die Anregung dazu kam aus der Mitgliedschaft der AGSNRW selbst.

Das Handwerk in NRW ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In diesem Bereich sind auch viele unserer Mitglieder tätig. Um deren Interessen noch gezielter vertreten zu können und den Dialog über ihre Probleme und spezifischen Anliegen zu führen, kam es zu der Gründung des Arbeitskreises Handwerk. Auf AGS-Bundesebene arbeitet die AGSNRW in einem AK Handwerk mit, der federführend von Ralph Weinbrecht (Mitglied des AGS-Bundesvorstandes aus Baden-Württemberg) geleitet wird.

Die AGSNRW hat sich auch bisher stets für Belange des Handwerks politisch eingesetzt. Themen waren z.B. Handwerker-Sondergenehmigungen in Umweltschutz, die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen (§ 107 GO) und das Vergaberecht. Der gute Kontakt zu den Organisationen des Handwerks war dabei besonders hilfreich.

Als Vertreter des organisierten Handwerks hat sich AGS-Mitglied Jörg Bischoff (Kreishandwerkermeister in der HWK Mülheim) bei einem Treffen mit dem NWHT in Düsseldorf zur Mitarbeit im AK bereit erklärt.

Die Ansprechpartner für den AK Handwerk aus dem Landesvorstand der AGSNRW sind:

André Brümmer (andre.bruemmer@ags-in-nrw.de) und Klaus-Peter Duhme (klaus-peter.duhme@ags-in-nrw.de).

Um einen umfassenden Dialog über Themen des Handwerks führen zu können, freuen wir uns über weitere Interessenten, die Beiträge zur Arbeit des AK Handwerk einbringen wollen. <

KOMMUNALFINANZEN, AUSBILDUNG

„KOMMUNAL-RESOLUTION“:

KOMMUNEN MÜSSEN HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN!

Die AGS stimmt der Resolution zwar zu, hat aber Bedenken hinsichtlich möglicher Steuererhöhungen.

Die Forderung nach Handlungsfähigkeit der Kommunen, verbunden mit der Aussage „Das Land (NRW) steht zu seiner Verantwortung“, und die Forderung „Der Bund muss endlich handeln!“ überschreiben eine Resolution der NRWSPD. Nach Beratung auf zwei Regionalkonferenzen und einer Konkretisierung im Landesvorstand der NRWSPD wurde diese Resolution zur Gemeindefinanzierung vom Parteirat am 19.02.2011 verabschiedet. Die AGSNRW begrüßt die auf der letzten LV-Sitzung verabredete Konkretisierung zum Thema „Kommunen müssen handlungsfähig bleiben“.

Klein- und Mittelständische Unternehmen sind auf leistungsfähige Kommunen als Standorte angewiesen! Es geht vor Ort um eine angemessene Infrastruktur, die Stärkung der Kommunen als wichtige Auftraggeber und Standortfaktoren wie Schulangebote und Kultur.

Bedenken hat die AGSNRW aber gegenüber Plänen zur „Stabilisierung“ der Gewerbesteuer! Ob die Gewerbesteuer die richtige Form ist, Unternehmen an der Finanzierung der Kommunen zu beteiligen, z.B. auch an den Kosten der örtlichen Infrastruktur, ist umstritten. Wenn sie schon nicht durch ein anderes Steuersystem ersetzt wird, sollte man aber zumindest bei Änderungen auf die daraus resultierenden Folgen achten. Bei Anhebung des fiktiven Hebesatzes besteht die Gefahr einer Steuererhöhungswelle, verursacht durch die Finanznot der Kommunen.

Die NRWSPD darf sich aber nicht als Steuererhöhungspartei darstellen. Erhöhungen des Gewerbesteuerhebesatzes sind ungeeignet, die Gemeindefinanzierung zu sanieren.

Zum gleichen Thema äußerte sich der Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen, Jürgen Drewes in einem Brief an Landtagsabgeordnete: „*Steuererhöhungen sind das falsche Signal im Aufschwung. Sie gefährden Investitionen und damit Arbeitsplätze*“.

Drewes kritisierte auch, dass Unternehmen in NRW durchschnittlich höhere kommunale Steuern durch höhere Steuersätze bezahlen müssten als in anderen Bundesländern.

Die AGS wird die Debatte um eine Novellierung der Gewerbesteuer verfolgen und sich ggf. einmischen!

Weitere Infos:

> [„Kommunal-Resolution“ der NRWSPD](#) (PDF, 32 kB)

PRESEMITTEILUNG DES DIHK:

LOB FÜR DIE DUALE AUSBILDUNG IN DEUTSCHLAND, ABER: SCHULE MUSS BESSER WERDEN!

Nicht immer sind wir als AGS einverstanden mit dem, was der „Deutsche Industrie- und Handelskammertag“ (DIHK) veröffentlicht! Aber folgendem Beitrag können wir zu 100% beipflichten:

Fachkräftenachwuchs in Europa:

Bildung und berufliche Qualifikation sichern Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Bei der Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses in Europa gibt es Probleme: Jeder siebte 18-bis 24-Jährige in der Europäischen Union hat entweder keinen Schulabschluss oder nur einen Abschluss der Sekundarstufe I ohne weiterführende Schul- oder Berufsausbildung.

Die auf EU-Ebene so definierte Abbrecherquote liegt damit im Schnitt in der EU bei über 14 %; in Deutschland bei gut 11 %. Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen diese Quote bis 2020 europaweit unter 10 % senken, um damit auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU abzubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss sich jedes EU-Land eine ehrgeizige nationale Zielmarke setzen und seine Bildungsanstrengungen intensivieren. Deutschland als bevölkerungsreichstes Land und größte Volkswirtschaft muss hierbei eine Motorrolle übernehmen.

Was ist in Deutschland zu tun?

- **Die Qualität der Schulbildung verbessern:** Die jüngste PISA-Studie aus dem Jahr 2010 zeigt, dass noch immer fast ein Fünftel aller 15-Jährigen nur auf Grundschulniveau lesen und rechnen kann. Diesen sogenannten Risikoschülern fällt der Übergang in eine berufliche Ausbildung schwer, und sie können die Anforderungen dort oft nicht bewältigen. Deshalb muss in den Schulen eine individuelle Förderung der Jugendlichen alle Talente fördern und Potenziale ausschöpfen. Bei Lernschwächen muss ein spezieller Förderunterricht angeboten werden.
- **Den Übergang von der Schule in Ausbildung ebnen:** Der von der Wirtschaft initiierte Nationale Ausbildungspakt unterbreitet jedem Jugendlichen, der kann und will, ein Angebot auf eine berufliche Qualifizierung. Lernschwächere erhalten künftig ein spezielles Angebot: eine betriebliche Einstiegsqualifizierung mit einer gezielten Förderung (EQ Plus).

- **Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen ausbauen:** Durch Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen können Jugendliche praktische Erfahrungen in der Arbeitswelt sammeln, Berufe kennenlernen und ihre Chancen in den Unternehmen erkunden. Unternehmen können nach geeignetem Nachwuchs Ausschau halten und sich als interessante Arbeitgeber präsentieren. Das Risiko von Ausbildungsabbrüchen wird so vermindert.

Jedes Land muss seine Hausaufgaben machen. In den meisten EU-Ländern wird ein Berufsabschluss durch eine rein schulische Ausbildung erworben. Die praktischen Erfahrungen einer realen Arbeitssituation fehlen den Berufseinsteigern, und der Übergang in den Arbeitsmarkt gelingt häufig nicht. Die duale Berufsausbildung ist dagegen ein wirksames Instrument, um Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und die Fachkräftebasis für die Unternehmen zu sichern.

So ist die Jugendarbeitslosenquote (unter 25 Jahre) in Deutschland mit 9,1 % weniger als halb so hoch wie im EU-Schnitt (20,7 %): Hier ist Deutschland also Vorbild für europäische Nachbarn. <

(Quelle: DIHK-Newsletter Nr. 7 vom 24.02.2011)

LANDTAGSWAHLEN IN BAWÜ UND RLP: NACH DER „KLEINEN DEUTSCHLAND- WAHL“ IM SÜDEN: WAS NUN?

Politikwechsel auch im Bund? Und wenn ja: In welche Richtung?

Welche Auswirkungen hat ein „Ergrünen“ unseres Landes auf uns, auf Klein- und Mittelständische Unternehmen? Viele Fragen! Mögliche Antworten in unserer nächsten Ausgabe <

TERMINE

29.03., 19:00: AK Umwelt / SPD/AGS Herne ...

31.03., 19:00: AGS Gelsenkirchen ...

31.03., 19:30: AGS Bochum ...

Ausführliche Veranstaltungshinweise finden Sie auf unserer Webseite:

> www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe der
AGS:NACHRICHTEN ist der 22.04.2011.

